

Gastartikel von Nickolas Emrich, Autor „Politik ist das Problem, nicht die Lösung“

Wokeness aus Sicht des Libertarismus – eine differenzierte Betrachtung aus der freiheitlichen Perspektive

Wokeness und politische Korrektheit spalten die Gemüter. Das linke Spektrum der Gesellschaft sieht darin einen gesellschaftlichen Fortschritt, Konservative bringt diese Entwicklung eher zum Schimpfen. Doch die liberale oder libertäre Sicht entspricht bekanntermaßen weder derjenigen der Linken noch eben der der Konservativen, ist aber auch nicht pauschal in der Mitte zu sehen. Vielmehr steht hier die maximale Freiheit des Individuums im Vordergrund. Es lohnt sich daher ein differenzierter Blick. Unter dem Aspekt der Freiheit sind nämlich manche Elemente sehr zu begrüßen, andere ganz und gar nicht.

Vielfalt und Vielfältigkeit – eigentlich keine schlechte Sache

Diversity, deutsch: Diversität, ist inzwischen fast schon ein Modewort geworden. Dabei geht es darum, dass Organisationen die Gesellschaft abbilden und nicht Teile davon ausschließen sollten. Dies bezieht sich auf Alter, Geschlecht, Hautfarbe, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierungen, Religion oder auch Behinderungen. Populäres Negativbeispiel ist der Saal voller älterer Herren in konservativer Kleidung, die unter ihresgleichen Geschäfte machen. Tatsächlich zeigen inzwischen viele Studien, dass mehr Vielfalt Organisationen guttut. Die Forderung an sich ist daher durchaus konstruktiv zu verstehen. Unentspannt wird dieser „Trend“ dann, wenn sich gerade kleine Organisationen genötigt fühlen, die schon aufgrund ihrer geringen Größe nicht die gesamte Gesellschaft abbilden können, nach Geschlechtern und Hautfarben abzuzählen, um auf Fotos politisch korrekt zu wirken. Hier rückt dann etwas in den Vordergrund, das eigentlich selbstverständlich sein und keine Rolle spielen sollte. Dies ist dann der Kipp-Punkt, an dem Gutgemeintes der eigenen Sache und der Freiheit schadet.

Radikal für die gute Sache – Cancel Culture und die persönliche Freiheit

Gegen die Absicht, Rassismus und Sexismus zurückzudrängen, kann aus meiner Sicht zunächst einmal vernünftigerweise nichts eingewendet werden. Der eigentliche Streitpunkt liegt in der Umsetzung. Das Positive vorweg: Die mit diesen Diskussionen einhergehende allgemein höher werdende Sensibilität gegenüber unterschiedlichen Lebensmodellen und der steigende Respekt vor den subjektiven Wirklichkeiten anderer ist im Sinne der Freiheit des Einzelnen erst einmal als Fortschritt zu betrachten. Triggerwarnungen mögen manche albern finden, können aber gleichwohl berechtigt sein. Negativ für jeden wahrheitssuchenden Menschen ist jedoch, wenn Geschichte ausradiert werden soll. Genauso wie die Informationen über einen Krieg in einem Geschichtsbuch kein Plädoyer für den Krieg sein sollen, stammen etwa historische Märchen oder Statuen aus einer anderen Zeit, die nicht nach heutigen Maßstäben messbar ist. Alte Geschichten zu verbannen ist daher ähnlich wie Fotos aus einer früheren Beziehung wegzuschmeißen: man belügt sich selbst über die Vergangenheit.

Meinungsfreiheit zwischen Ideologie und Realität

Problematisch ist, dass man zwar berechtigterweise ein Bewusstsein für die Wahrnehmungen anderer schaffen will, es aber auch dem entgegenstehende Wahrnehmungen gibt. Solange alle diese Wahrnehmungen nebeneinander stehen dürfen, ist alles gut. Oftmals begegnen diejenigen, die für Toleranz werben, anderslautenden Gedanken nicht mit Dialog, sondern mit Intoleranz. Dies gilt natürlich nicht pauschal. Je mehr allerdings jemand meint, zu wissen, was „richtig“ ist, desto mehr wird geredet und desto weniger wird leider zugehört. In dem Moment, in dem alle reden und niemand zuhört, endet Fortschritt. Das hilft beiden Seiten nicht. Wer für Offenheit gegenüber anderen Kulturen wirbt, sollte zuhören, wenn andere dies eher als Kulturschock wahrnehmen. Natürlich gilt das auch andersherum. Tabuisierungen sind eine Sackgasse. Wenn die Meinungsfreiheit verliert, verlieren langfristig alle.

Nachhaltigkeit – gar nicht so neu

Ich zähle auch den Ruf nach Nachhaltigkeit mit zur Welle der Wokeness. Nachhaltigkeit ist eigentlich gar nicht neu und hat es schon immer gegeben. Jedes kluge Unternehmen handelt nachhaltig, agiert also so, dass die Geschäftsgrundlage auch langfristig gegeben ist. Wirtschaftlichkeit bedeutet in vielen Fällen auch Nachhaltigkeit, wenn man beides ganzheitlich denkt. Leider wird der Begriff oft moralisierend eingesetzt und soll als Rechtfertigung für Freiheitseingriffe dienen. So wird Individualverkehr oft verteufelt, obwohl er unter bestimmten Voraussetzungen durchaus effizienter ist als Linienverkehr. Wenn man von Technologieoffenheit spricht, rollen Linke leider sofort mit den Augen. So ist ehrlich gemeinte Nachhaltigkeit eine Entwicklung, die absolut zu begrüßen ist. Dennoch muss man sehen, dass es einigen, die Nachhaltigkeit fordern, eher um politische Macht geht.

Tierschutz neu denken

Viele Konservative lassen dagegen keine Gelegenheit aus, über Veganer und veganes Essen zu spotten. Aus freiheitlicher Perspektive sollte man jedoch sagen: Tierleid ist real. Manche sehen ihre Freiheit bedroht, Fleisch zu essen, sehen dabei aber nicht, dass das Zugestehen des Rechts, in Ruhe gelassen zu werden, auch an andere fühlende Lebewesen ein wertvolles Zeichen für die Freiheit ist. Da ich als Libertärer gerne vom Staat in Ruhe gelassen werden würde, habe ich kein Problem damit, als „next step“ auch jedem Tier zuzugestehen, in Ruhe gelassen zu werden. Vor tausenden Jahren war das vielleicht anders, aber inzwischen herrschen andere Bedingungen. Die Konservativen, die sich über vegane Alternativen lustig machen, sind die gleichen, die auch an anderer Stelle obrigkeitlich denken. Bei diesem Thema kann ich jedem Liberalen daher nur empfehlen, auf der Seite des Tierschutzes zu stehen.

Soziale Gerechtigkeit als neue Religion

Eine andere Facette der Wokeness ist es, in allem Ungerechtigkeit und Benachteiligung zu sehen. Dies kollidiert fundamental zur Grundhaltung, dass

ein jeder seines Glückes Schmied ist. Der Wunsch nach Chancengleichheit ist grundsätzlich berechtigt, allerdings in seiner Reinform realitätsfremd. Eine absolute Chancengleichheit wird niemals erreichbar sein, als Leitgedanke ist sie aber durchaus sinnvoll. Ungerecht wird es jedoch dann, wenn Ergebnisgleichheit erzwungen werden soll. Dies ist insbesondere das Merkmal sozialistischer Denkweisen. Eine solche Gleichheit ist der absolute Gegenpol zur individuellen Freiheit. Gerade politische Eingriffe, die Probleme lösen sollen, schaffen nicht selten neue Probleme. Freiheit bedeutet daher, scheinbare Ungerechtigkeiten manchmal auch zuzulassen, bis sich die Gesellschaft von allein weiterentwickelt. Nicht alles kann per Gesetz erzwungen werden.

Gleichheit und Ungleichheit der Geschlechter

Nicht nur das liberale Spektrum, auch die Mehrheit der Gesellschaft hat das größte Problem mit der Woke-Kultur wohl beim Thema der Geschlechtergerechtigkeit. Hier dreht man sich etwas im Kreis, soll das Geschlecht eine Rolle spielen oder soll es keine Rolle spielen? Dabei besteht auch hier Einigkeit, dass Gleichberechtigung grundsätzlich wünschenswert ist. Noch vor einem halben Jahrhundert konnten Frauen ohne Zustimmung ihres Ehemannes kein eigenes Bankkonto eröffnen. Der Abbau solcher heute undenkbaren Freiheitsbeschränkungen ist natürlich eine große liberale Errungenschaft. Andere Kritikpunkte sind auch heute noch aktuell, etwa der Gender Data Gap in der Medizin oder auch der Fahrsicherheit. Beim etwas berühmteren Gender Pay Gap wird die Lage dagegen immer wieder dramatisiert und politisch motiviert instrumentalisiert, indem ohne ausreichende Erklärung unbereinigte statt bereinigte Zahlen in die öffentliche Debatte eingebracht werden, Faktoren wie die tatsächliche Arbeitszeit also bewusst unberücksichtigt gelassen werden, um noch mehr zu polarisieren.

Gleichbehandlung oder Behandlung mit Samthandschuhen?

Während viele positive Veränderungen absolut unstrittig sind, sind andere Bestrebungen eher widersprüchlich. Die gezielte Förderung bestimmter Geschlechter ist das Gegenteil von Gleichbehandlung. Genervt fühlen sich viele auch von Debatten über die Forderung nach Menstruationsurlaub, denn den Arbeitgeber geht es nichts an, warum eine Person krank ist. Menstruationsschmerzen sind sehr unterschiedlich ausgeprägt. Wer Schmerzen hat, egal aus welchem Grund, ist krankzuschreiben – unabhängig vom Geschlecht. Der Wunsch nach einem Nachteilsausgleich führt hier in ein Abdriften in Sonderregeln, bei dem persönliche Informationen offenbart werden müssten. Auch die Forderung, Wahllisten nach Geschlecht abzuführen und dies somit zum entscheidenden Kriterium zu erheben, ist freiheitlichen Menschen ein Dorn im Auge, denn es sollte ja das Individuum zählen, nicht das Geschlecht.

Der heilige Gral der Wokeness: Die Gender-Debatte

Das soziale Geschlecht inklusive seiner Auswirkung auf die Sprache ist das wohl heikelste Thema geworden. Hier befinden wir uns mitten im Auge des Tornados mit dem vermutlich größten gesellschaftlichen Spannungspotenzial. Zunächst einmal das aus freiheitlicher Sicht Positive: Abgesehen davon, ob es nun

nach einem Wechsel des Geschlechtseintrags sinnvoll ist, an Sportwettkämpfen teilzunehmen (dieses Beispiel lieben viele Konservative), ist es in jedem Fall zu begrüßen, wenn keine demütigenden veralteten Fragebögen mehr ausgefüllt werden müssen und Menschen von Bürokratie befreit werden. Dabei ist egal, ob es aus irgendeiner Sicht „richtig“ oder „falsch“ ist, das zu tun. Jeder Mensch sollte sein Ding machen dürfen. Ich möchte schließlich auch nicht, dass andere sich plötzlich anmaßen, zu beurteilen, ob es nun „richtig“ oder „falsch“ sei, dass ich meinen Job kündige oder umziehe.

Die unglückliche Rolle des Staates

Im Grunde könnte man sagen, der Staat war und ist der Übeltäter. Wozu die strengen Regeln bisher? Mit etwas schauspielerischem Talent und falsch ausgefüllten Fragebögen hätte man auch früher schon sein eingetragenes Geschlecht wechseln können. Die Frage ist: Warum sollte man das tun, wenn es einem nicht wirklich wichtig ist? Und wenn es einem wirklich wichtig ist, hat man dann nicht schon damit die Ernsthaftigkeit ausreichend bewiesen? Auf der anderen Seite kann der Staat auch jetzt die Einmischung immer noch nicht seinlassen. Früher hat er selbst diskriminiert, jetzt will er Diskriminierungen per Gesetz verhindern. Auf die Idee, seine Finger so weit wie möglich herauszuhalten, kommt der Staat leider selten. Dabei ist es das Politische, das die Diskussion erst vergiftet. Mit der Einstellung, jeder solle machen, was er wolle und jeder möge schimpfen, worüber er wolle, wäre vielleicht mehr gewonnen. Aber wo Drama möglich ist, wird leider auch Drama gemacht. Das gipfelt dann etwa darin, dass die Tagesschau das Wort „Mutter“ durch „gebärende Person“ ersetzte.

Die autoritären Züge einer Ideologie

Hier zeigt sich die schwierige Seite des eigentlich edlen Anliegens, jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Der Versuch, eine vermeintliche Ausgrenzung zu verhindern, wird von anderer Seite als ausgrenzend wahrgenommen. Hier fängt es an, problematisch zu werden. Wenn eine Umgestaltung gegen den Mehrheitswillen aus öffentlichen Geldern finanziert wird oder an Orten passiert, denen man sich nicht nachteilsfrei entziehen kann, etwa in Schule und Studium, wird sie autoritär. Sie wendet sich nun gegen die Freiheit. Schon zu Zeiten der Rechtschreibreform gab es viele Gegner dieser obrigkeitlichen Umgestaltung, die antiautoritär argumentierten. Es geht um den Weg, nicht unbedingt um die Sache. Wenn sich Änderungen der Sprache von der Basis her in privaten Texten vollziehen und sich dann tatsächlich großflächig durchsetzen, ist das erst einmal unproblematisch. Schwierig wird es eben dann, wenn es elitär verordnet wird. Veränderungen sind Teil des Lebens, aber sie sollten ohne äußeren Zwang aus dem Bewusstsein der Gesellschaft kommen.

Der Versuch eines Fazits

Rücksichtnahme, egal ob gegenüber anderen Wahrnehmungen, Menschen mit Behinderung, anderen Lebewesen oder wem auch immer, ist prinzipiell eine gute Sache. Dennoch stimmen manchmal die politischen Prioritäten nicht. Wenn man sich mehr mit geschlechtlicher Identität beschäftigt als beispielsweise mit dem

Wechselmodell in der Kinderbetreuung, obwohl letzteres eine sehr hohe Relevanz hat, sind die Ursachen meist ideologisch. Ideologie hat in der Vergangenheit aber selten gute Ergebnisse erbracht. Eine unaufgeregte und sachorientierte Politik würde der Gesellschaft besser dienen. Die woke-korrekte Welle fördert zudem oft Stereotypen, die sie eigentlich abschaffen will. Was etwa bedeutet toxische Männlichkeit? Inwiefern werden hier Schubladen geschaffen, die letztlich so pauschal sind, dass sie das Problem nicht lösen, sondern in die entgegengesetzte Richtung fortsetzen?

Liegt die Wahrheit wieder in der Mitte?

Neben positiven Aspekten darf man aus liberaler Sicht daher sagen, dass auch eine Übertreibung stattfindet. Wenn man wohlwollend eingestellt ist, möglicherweise die Übertreibung einer grundsätzlich richtigen Richtung. Gut gemeint bedeutet dennoch nicht immer gut. Manchmal würde es reichen, die Realität wertfrei Realität sein zu lassen. Werbefotos, auf denen zwei männliche Handwerker abgebildet sind, sind nicht gleich rückschrittlich. Schon gar nicht, solange die gesellschaftliche Realität statistisch so aussieht. Wenn jeder werden kann, was er will, sollte dies reichen. Auch übertriebene Verhaltensregeln am Arbeitsplatz verrechtlichen den Alltag unnötig und sind kein Garant gegen Sexismus. Ein angespanntes Geschlechterverhältnis nützt niemandem, sondern irritiert alle Menschen gleichermaßen. Früher war auch der Arbeitsplatz noch einer der Orte, an dem sich Paare gefunden haben. Natürlich sollte niemand aufdringlich werden, aber bevor man sämtliches Bedürfnis nach sozialer Interaktion in die Online-Welt verdrängt, sollte man sich fragen: Will man das? Das Ziel sollte daher sein, respektvoll miteinander umzugehen und die Bedürfnisse des Individuums zu achten, damit jeder seinen persönlichen Weg gehen kann. Heidi Kabel soll gesagt haben: „Die Emanzipation ist erst dann vollendet, wenn auch einmal eine total unfähige Frau in eine verantwortliche Position aufgerückt ist.“ Böse Zungen könnten sagen, mit Ursula von der Leyen, Christine Lagarde und Patricia Schlesinger sei dieses Ziel erreicht.